

„Klimaschutz braucht mehr Tempo“

INTERVIEW Naturschutzbeirat sieht Kommunen und Politik in der Pflicht

VON BORIS NAUMANN

Kreis Kassel — Natur- und Klimaschutz ist in aller Munde. Viele erkennen in der Bewältigung des Klimawandels und der Naturzerstörung aktuell die weltweit größte Herausforderung für die Menschheit. Im Dezember 2020 hatte der Naturschutzbeirat des Landkreises Kassel ein Positionspapier veröffentlicht, in dem von den Kommunen mehr Einsatz für den Oima- und Naturschutz gefordert wird. Auf welche Resonanz ist dieser Vorstoß gestoßen? Ein Gespräch mit Dr. Anna Kuntzsch, der Vorsitzenden des Naturschutzbeirats.

Frau Kuntzsch, ihr sieben Seiten starkes Papier listet viele Vorschläge auf, wie dem Klimawandel auf kommunaler Ebene beizukommen ist. Wie waren die Reaktionen?

Wir hatten unsere Forderungen mit rund 200 Mails an sämtliche Landkreis-Kommunen sowie an die Fraktionsvorsitzenden der einzelnen Eommunal-Parlamente gesandt. Die Reaktionen waren bislang eher bescheiden. Von der Kreisversammlung der Bürgermeister im Landkreis Eassel haben wir sogar einen bösen Brief bekommen.

Vltarum?

Wir hatten das Anschreiben zu dem Papier recht scharf formuliert. Das sollte die

Dringlichkeit unseres Anliegen unterstreichen. Inzwischen haben wir uns erdärt. Keinesfalls geht es uns darum, Bürgermeister zu verunglimpfen. Es geht uns daru aufzuzeigen, dass dringender Handlungsbedarf besteht, dass aber aktuell auf politischer und kommunaler Ebene noch viel zu wenig passiert. Klimaschutz braucht mein Tempo.

Aber viele Städte und Gemeinden sind in Sachen Klimaschutz schon aktiv. Als Klima-Kommunen des Landes Hessen haben sie ein Konzept erstellt, wie sie klimaneutral werden wollen. Sie machen sich Gedanken über ein Verbot von Schottergärten und von Pestizideinsatz. Sie passen Bebauungspläne an und legen Förderprogramme für nachhaltige Energieerzeugung aoF.

Das ist lobenswert, aber leider zu wenig. Uns rennt die Zeit davon. Wir haben es mit zwei großen Problemen zu tun. Das eine ist, dass nach wie vor viel zu stark auf Kosten geachtet wird. Klima- und Naturschutz werden meist nur dann in Angriff genommen, wenn im Haushalt noch ein paar Euro übrig sind. Dabei ist gerade jetzt jeder in Klimaschutz investierte Euro goldwert. Denn die Folgekosten des Klimawandels werden sonst um ein Vielfaches höher und zudem Ewigkeitslasten für unsere Zukunft sein.

Und das andere Problem?

Vieles passiert immer noch in alten Denkmustern und Strukturen. Wenn eine Kommune ein Neubaugebiet haben will, wird sie es immer bekommen. An naturschutzfachlichen Bedenken wird so lange herumgebastelt, bis die

Untere Naturschutzbehörde ein Ja geben kann. Oft fußt dieses Ja aber auf einem nicht angemessenen Kompromiss oder einem Vorgehen, das wir uns so eigentlich nicht mehr leisten können.

Ein Beispiel bitte!

In Habichtswald wurde jetzt ein kommunales Waldstück, das allein schon wegen seiner topografischen Lage kaum



Fortschreitende Flächenversiegelung ist nur ein Aspekt des Klimawandels. Energiegewinnung, Verkehr, Landwirtschaft, Wasser- und Umweltschutz kommen hinzu. Unsere Luftaufnahme zeigt das Neubaugebiet Vellmar Nord.

Das macht der Naturschutzbeirat

Der Naturschutzbeirat des Landkreises Kassel ist ein unabhängiges Gremium, das die in der Kreisverwaltung angesiedelte Untere Naturschutzbehörde in allen grundsätzlichen Angelegenheiten des Naturschutzes berät und einen Anspruch auf rechtzeitige Information hat. Dies gilt insbesondere bei der Vorbereitung von Rechtsverordnungen und Satzungen oder bei Planungen von über-örtlicher Bedeutung.

Ein Teil der Mitglieder wird auf Vorschlag der in Hessen anerkannten Naturschutzvereinigungen berufen. Der Beirat hat darüber hinaus Ortsbeauftragte berufen, die ihn in örtlichen Teilbereichen des Landkreises vertreten. Aktuell zählt der Naturschutzbeirat zwölf Mitglieder und elf Stellvertreter, Vorsitzende ist Dr. Anna Kuntzsch.

Das Positionspapier wurde vom Kreis Kassel bis heute nicht veröffentlicht.

Wie Kreissprecher Harald Kühnborn mitteilt, habe es im Gremium dafür kein einheitliches Votum gegeben, was Anna Kuntzsch aber bestätigt. In puncto Veröffentlichung sei es wegen der Coronalage vor einem halben Jahr zu keiner Abstimmung und zur Klärung letzter redaktioneller Details mehr gekommen. Das Papier kann per E-Mail unter fraukuntzsch@t-online.de angefordert werden.

ZUR PERSON



Anna Kuntzsch ist 38 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder. Die promovierte Ökologin studierte in Göttingen und Kassel. Seit 2016 arbeitet sie für ein Planungsbüro. Im Naturschutzbeirat ist sie seit acht Jahren aktiv und engagiert sich politisch seit fünf Jahren für die Wählergemeinschaft Habichtswald.

genutzt wird, in Ökonomie umgerechnet, um damit später unter anderem die Erschließung eines geplanten Neubaugebietes zu rechtfertigen. Es wird also auf der grünen Wiese oder dem Acker gebaut und eben kein Ersatz dafür geschaffen, sondern einfach auf das zurückgegriffen, was schon da ist. Mit diesem Handeln laden wir heute eine Generationsschuld auf uns, die später nicht mehr vor den Enkelkinder gerechtfertigt werden kann.

Die Erschließung von Neubaugebieten oder Sewer-gebietern sind wichtige Entwicklungsmöglichkeiten für Kommunen.

Das ist richtig. Nur muss Ent-

wicklung anders laufen. Wir sollten eher Ortskerne wiederbeleben und erst einmal auf Leerstand und Baulücken zurückgreifen statt immer neue Einfamilienhäuser am Ortsrand zu bauen. Wir müssen die Ressource Boden schützen. Die nächste Generation benötigt auch noch Landwirtschaft und Biodiversität. Das gleiche gilt für Verkehrsflächen und Gewerbe-

Der Zweckverband hat jüngst neue ökologische Standards festgelegt, wenn es um die Erschließung neuer Gewerbegebiete geht.

Ja, das steht alles auf dem Papier. Aber vermutlich werden

Unternehmen dann wieder mit Wirtschaftlichkeit argumentieren und am Ende gesteckte Ziele aushöhlen. Das ist alles zu vage und angesichts des Klimawandels zu unsicher. Wir müssen jetzt den Wandel hinbekommen. Im Übrigen hätten diese Öko-Standards schon längst Pflicht sein müssen. Beispiel Güterverkehrszentrum oder das Gewerbegebiet Langes Feld in Kassel — da sind überall riesige Dachflächen, die weder für PV-Anlagen genutzt werden noch begrünt sind. Dabei wissen wir schon seit Jahrzehnten tun das Klimaproblem.

Klima- und Umweltschutz sind eine Seite. Die andere

Seite sind politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Interessen.

Wird das alles unter einer Haube zu bekommen sein?

Ja, ich hoffe es sehr, jedoch klappt das nicht über die gewohnten Denk- und Handlungsmuster. An dieser Stelle werden wir Abstriche machen müssen. Der ganze ökologische Umbau der Gesellschaft mit Klima- und Naturschutz, mit Energie-, Agrar- und Verkehrswende ist ja längst keine Frage mehr des Ob, sondern des Wie. Und an dieser Stelle müssen insbesondere die Politik und die Wirtschaft mutig genug sein, neue Wege zu gehen. Die Alten haben uns ja gerade dahin geführt, wo wir jetzt sind